

Marcus Weinberg

- (A) Ihr Projekt einer Schule für alle verkennt, dass wir in Deutschland eine gewachsene Tradition von verschiedenen Schulformen und einzelnen Schulen haben.

(Katja Mast [SPD]: Bedauerlicherweise mit schlechten Ergebnissen!)

Goethe-Gesamtschule oder Lessing-Gymnasium sind nicht nur Beispiele für verschiedene Schulformen, sondern auch für eine gewachsene Tradition und eine gewachsene Vielfalt. Die Eltern haben heute die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Profile und welche Schwerpunkte sie für ihre Kinder auswählen wollen.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Das gilt für die Ganztagschule genauso!)

Das werden Sie mit Ihrer Schule für alle zerstören.

Diesen gesellschaftlichen Dissens versuchen wir gesellschaftlich zu lösen, und zwar in Form des Hamburger Modells, Kollege Barth, das von Herrn Gehring auch angesprochen wurde. Das in Hamburg praktizierte Modell ist meines Erachtens das richtige Modell. Wir müssen doch nach 30 Jahren endlich aufhören, darüber zu diskutieren, welche Schulstruktur nun die richtige ist.

(Ulla Burchardt [SPD]: Ja, genau! Endlich einmal verändern!)

Lassen Sie uns doch versuchen, über Qualität und Inhalte zu reden, und lassen Sie uns dann möglicherweise ein Modell entwickeln, bei dem beide Seiten aufeinander zugehen.

- (B) Ich mache keinen Hehl daraus: Das Modell der jetzigen sogenannten Primarschule war für uns von der CDU sehr problematisch. Aber wir haben klargemacht: Wir wollen die individuelle Förderung des Kindes in den Vordergrund stellen. Ebenso haben wir als CDU klargemacht, dass die Tradition und die Profile, also das, was sich im System an Schulen entwickelt hat, erhalten bleiben müssen. Ich bin überzeugt, damit erreichen wir einen gesellschaftlichen und, wie ich glaube, guten Konsens. Das ist möglicherweise auch ein Modell, das uns helfen kann, die Diskussion über die Schulstruktur endlich zu beenden.

Als weiteren Punkt möchte ich den Bildungsgipfel ansprechen, weil es in diesem Zusammenhang meines Erachtens immer wieder falsche Darstellungen gibt. Natürlich kann man die Erwartungshaltung haben, dass bei einem Bildungsgipfel bis zur Fußnote hinein dekliniert wird, was denn nun passieren soll. Diese Erwartungshaltung ist nach meinem Dafürhalten in einem Konstrukt aus 16 verschiedenen Ländern und dem Bund falsch. Allerdings meine ich, dass der Bildungsgipfel klare und richtige Signale gesetzt hat. In welche Richtung wird es nun gehen?

Der erste Punkt wurde bereits angesprochen. Da haben alle ein Alleinstellungsmerkmal. Es geht um die Erhöhung der Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015. Ich halte es für richtig, dies zu definieren, um nicht sozusagen einem Wettbewerb Tür und Tor zu öffnen, wer denn Erster war bzw. wer als Erster geschrien hat.

- Zweiter Punkt: Dieser Bildungsgipfel hat von der frühkindlichen Bildung in der Vorschule bis hin zur Weiterbildung einen klaren Katalog definiert. (C)

Das Besondere an diesem Bildungsgipfel ist, dass durch ihn – gerade, weil er von der Bundeskanzlerin organisiert wurde – ein deutliches politisches Zeichen gesetzt wurde. So wird jetzt darüber diskutiert, die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu halbieren, oder darüber, die Quote derer, die ihre Ausbildung abbrechen, zu halbieren. Das sind sehr klare und richtige Ziele. Deren Umsetzung wird in den nächsten Monaten und Jahren von uns begutachtet werden, um herauszufinden, was tatsächlich passiert.

Ich bin überzeugt, dass man dann im Rückblick festhalten kann, dass wir in den vier Jahren gerade hinsichtlich der Bildung, der Innovation und der Forschung sehr viel erreicht haben. Ebenso wird festzustellen sein, dass wir jetzt den Aufschlag dafür gegeben haben, dass neue Wege gegangen werden und möglicherweise gewisse Modelle, die man regional entwickelt hat und die inhaltlich, gesellschaftlich und politisch begründbar sind, in diese Bildungsdiskussion aufgenommen werden. In wenigen Jahren wird dann zu analysieren sein, welche Wege wir insgesamt gehen wollen.

Meines Erachtens waren die letzten vier Jahre erfolgreich. Trotzdem – Kollege Müller hat ja nichts anderes gesagt – nehmen wir selbstverständlich die Forderungen derjenigen, die sich jetzt auf der Straße für Bildung einsetzen, ernst.

(Lachen der Abg. Cornelia Hirsch [DIE LINKE]) (D)

Ich glaube, dies trifft auf jeden hier im Haus zu; dies ist wohl unbestritten. Das werden wir auch in Zukunft tun. Allerdings erwarten wir auch eine konstruktive Herangehensweise derjenigen, die betroffen sind. Dabei mag es hier und da noch Defizite geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht der Kollege Dr. Ernst Dieter Rossmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine polemische Sequenz muss ich mir zu Anfang gönnen:

(Monika Grütters [CDU/CSU]: Das hätte uns auch gewundert, wenn nicht!)

Mit Blick auf die Demonstrationen sprach der RCDS von einem „dummen Mob“, Kollege Müller sprach von „einem schönen Tag im Park“, und Frau Schavan benutzte das Wort „gestrig“. Dergleichen muss nicht sein. Ich freue mich, dass wir in der heutigen Debatte eine ernsthafte Wende vollzogen haben. Auffällig ist, dass man – FDP, CDU, quer durch alle Reihen – offensicht-

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) lich aufgrund der großen Zahl der Demonstranten sowie der Ernsthaftigkeit und der Friedlichkeit, mit der sie ihre Forderungen vortragen, jetzt vernünftig debattiert – das ist gut –, weshalb die Situation so ist und welche Schlussfolgerungen wir zu ziehen haben.

In Bezug auf die Ernsthaftigkeit möchte ich das noch etwas verständlicher machen: Professor Gruss von der Max-Planck-Gesellschaft hat in die Debatte den Gedanken eingebracht, dass dieser Protest eigentlich zur Unzeit komme; schließlich habe die Große Koalition zusammen mit den Ländern erst am 4. Juni beschlossen, zusätzlich 18 Milliarden Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung zu stellen. Es sei dahingestellt, ob der Begriff „Unzeit“ wirklich zutreffend ist. Ich meine, passender ist der Begriff „Ungleichzeitigkeit“. Die Ungleichzeitigkeit hat nämlich viele junge Menschen, Schüler, Studenten, Lehrer und Eltern, dazu bewogen, bei dieser bildungspolitischen Protestwoche mitzumachen. Mit Ungleichzeitigkeit ist hier gemeint, dass zur Aufrechterhaltung des Finanzsystems ganz schnell etwas geschieht, während es ganz lange dauert, bis mehr Geld für das Bildungssystem zur Verfügung gestellt wird, und das, obwohl wir sagen, das Bildungssystem sei das Wichtigste.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Man merkt zwar, dass es in Deutschland Menschen gibt, die aus ökonomischen und auch aus humanistischen Gründen wollen, dass jeder eine Chance hat, dass es keine soziale Selektion und keine Unterschiedlichkeit in den Bildungszugängen mehr gibt – Stichwort „Bildungsland Deutschland“ –, stellt aber fest, wenn man sich die Praxis anschaut, dass immer noch die einen leichter als die anderen an die Hochschule gehen können, dass die einen bessere Schulen als die anderen besuchen, dass es immer noch viele Widerstände dagegen gibt, wirklich eine Schule für alle zu schaffen. Diese Ungleichzeitigkeit – oben wird das eine verkündet, und in der Praxis erlebt man etwas ganz anderes – treibt so viele Menschen in den Protest.

(Beifall bei der SPD)

Es wird immer wieder gesagt: Es muss ganz schnell gehen, damit wir den Anschluss nicht verlieren. In Wirklichkeit reden wir über Dinge, die 2013 und 2014 passieren sollen. So sagt der Wissenschaftsrat: Initiativen für eine bessere Lehre an den Hochschulen, etwa durch mehr fachdidaktische Zentren, würden bestimmt nicht so schnell ergriffen werden; angefangen werden soll erst 2014 in ganz kleinen Schritten. Aber dann haben viele schon fertig studiert! Sowohl an der Schule als auch an der Hochschule möchte man schon jetzt bessere Bedingungen und eine gute Lehre. Es liegt also an dieser Widersprüchlichkeit, dass es diese Proteste gibt.

Kollege Kretschmer, es nützt nichts, auf die Zielvorgaben von 7 Prozent und 3 Prozent zu rekurrieren und zu bekunden, dass man gemeinsam die öffentliche Bildung stärken wolle, wenn eine ganz andere Entwicklung in der Realität wahrgenommen wird. So merken die Eltern: Die Kosten für Krippen und Kindertagesstätten sind

hoch. So merken die Familien, wie teuer Nachhilfe ist und dass der Besuch von Privatschulen immer mehr Geld kostet, dass überall Studiengebühren eingeführt werden und dass zahlreiche weitere Kosten zu decken sind. Ich verweise darauf, dass der private Anteil an der Weiterbildung erstmals größer ist als der öffentliche Anteil. Die Menschen hoffen zwar darauf, dass der öffentliche Sektor gestärkt wird; sie fürchten aber, dass die Entwicklung in eine andere Richtung verläuft.

Beispielsweise könnte die Entwicklung darauf hinauslaufen, dass Sozialausgaben gekürzt und Bildungsinvestitionen gefördert werden – das ist ja zum Beispiel das Anliegen der FDP.

(Uwe Barth [FDP]: Sie versuchen jetzt, gegeneinander auszuspielen! Damit machen Sie genau das, was Sie uns vorwerfen!)

Dieser Weg ist auf Selektion ausgerichtet.

Auch redet man gerne von öffentlichen Finanzen, möchte aber in Wirklichkeit privates Geld in die öffentliche Finanzierung hineinfließen lassen, um so das Ziel des 10-Prozent-Anteils zu erreichen.

Um all dem vorzubeugen, finden diese Proteste statt. Deshalb ist damit auch eine ganz klare politische Ansage verbunden: Glaubwürdigkeit lässt sich nicht daran messen, ob wir uns nun auf 16 Milliarden Euro oder 18 Milliarden Euro festlegen. Glaubwürdigkeit gewinnt man vielmehr, wenn man – ich will keinen Adressaten nennen, weil meine Äußerungen dann gleich als Wahlkampf denunziert würden – zum Beispiel auf einem Unternehmertag sagt

(Uwe Barth [FDP]: Bis jetzt war Ihre Rede so schön sachlich!)

– darf ich meinen Gedanken zu Ende bringen? –: Ihr wollt doch etwas für Bildung und Forschung tun; deshalb erwarten wir von euch, dass ihr dafür eintretet, dass diejenigen, die ganz viel Geld haben, einen Solidarbeitrag von in Höhe von 1,5 Prozent leisten. Wer da dafür wirbt, wo es am schmerzhaftesten ist und wo er am wenigsten auf Zustimmung stößt, dass Großes nicht nur versprochen, sondern auch materiell unterlegt wird, schafft Glaubwürdigkeit. Das ist das, was die Menschen einfordern, die jetzt demonstrieren.

(Beifall bei der SPD)

Diese Menschen erwarten zugleich, dass die Wirtschaft keine zusätzlichen Forderungen stellt; vielmehr kann die Wirtschaft zum Beispiel dadurch einen ganz konkreten Beitrag leisten, dass sie sich dazu verpflichtet, 600 000 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Nicht alle, die davon profitieren, demonstrieren mit; aber auch für deren Interessen wird demonstriert, und sie sind uns mindestens so wichtig wie Schüler, Studenten und andere. Auch diejenigen, die in beruflicher Bildung sind, dürfen nicht alleingelassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die wichtigsten Punkte.

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) Ich komme zum Schluss. Diese Bewegung ist offen, diffus. Manche beklagen, dass es gar keine Ansprechpartner gibt. Gut wäre es, wenn wir Parlamentarier oder auch jede Fraktion für sich sagen würden: Wir bieten uns zum direkten Gespräch an. Wir haben keine Angst davor, „in den Park zu gehen“. Wir haben keine Angst vor dem „dummen Mob“. Wir haben keine Angst vor sehr kritischen Hochschullehrern. Nein, wir als Fraktionen bieten uns für Gespräche an, jeder vor Ort an Schulen oder Hochschulen. Das bringt Bindung und drückt die Ernsthaftigkeit unserer Vorhaben aus. Herr Kollege Müller, ich sehe, dass Sie nicken. Es könnte also etwas Gemeinsames werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Monika Grütters hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

Monika Grütters (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Ich habe Verständnis für den Frust, der sich bei den jungen Leuten über die, wie auch ich finde, oft zu miesen Bedingungen an den Hochschulen in Deutschland angestaut hat. Ich habe auch Verständnis für den einen oder anderen cleveren Protest, für einen demonstrativ artikulierten Willen, etwas zu verbessern. Das kennen wir ja alle aus unserer eigenen Studienzeit;

- (B) (Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Donnerwetter!)

denn damals war die Situation nicht besser, aber auch nicht schlimmer, als sie heute ist. Ich habe aber kein Verständnis für manche Aktionen, die hier genannt wurden, und ich habe erst recht kein Verständnis für einen Streik; denn ich finde es absurd, etwas zu bestreiken, was man gerne haben möchte.

An anderer Stelle – das kommt nicht häufig vor –, bin ich mit Ihnen einer Meinung, Herr Rossmann. Sie haben den Begriff der Ungleichzeitigkeit genannt. Ich sage: Wir haben es hier mit einem Ritual zu tun, das sich in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten regelmäßig wiederholt.

(Christel Humme [SPD]: Schlimm genug, dass sich das immer wieder wiederholt!)

– Wenn Sie den Vorwurf auf sich beziehen, dann ist das Ihre Sache. Ich habe das nicht so gemeint. Ich stelle lediglich fest, dass es kaum ein Thema gibt, bei dem Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinanderliegen wie beim Thema Bildung. Das ist seit Jahrzehnten so. Über dieses Phänomen müssen wir uns Gedanken machen. Es geht immer wieder um Bildung, Bildung, Bildung. Darauf verweisen wir alle seit Jahrzehnten, nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch bei jeder anderen Gelegenheit. Wir alle sind uns im Übrigen einig, dass wir in einer globalen Wirtschaftskrise in Bildung investieren wollen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Taten sind gefordert!)

- (C) Auf der anderen Seite – das müssen Sie sich alle anhören, weil Sie alle, bis auf die Grünen, in den Ländern mitregieren – stehen Schüler, Lehrer, Eltern und Professoren und beklagen sich seit 30 Jahren über dieselben Phänomene: überforderte Lehrer, schlechte Ausstattung, überfüllte Hörsäle, zu wenig Förderung, zu wenig Förderung, blödsinnige Losverfahren bei der Aufnahme zum Gymnasium oder einfach zu wenig Geld. Wir reformieren immer weiter.

(Katja Mast [SPD]: Wir haben auch etwas vorzuweisen in den Ländern! – Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Wie ist es denn mit den Studiengebühren in den Ländern?)

Aber wir müssen uns nach 30 Jahren – auch Sie, Frau Hirsch, die Sie vielleicht noch nicht dabei waren – auch fragen, wo wir heute, viele Bildungsoffensiven später, stehen: eben da, wo die Proteste schon in den 70er-Jahren angefangen haben – zumindest, was die Unzufriedenheit der Betroffenen angeht.

Vielleicht sind es ja gar nicht die Reformen, die am Ende wirklich etwas verbessern; auf dem Feld der Bildung wird ja häufig nur noch ideologisch diskutiert. Vielleicht fehlt es an etwas anderem, nämlich an Kontinuität, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Beständigkeit.

- (D) Die Debatte, die gestern zum Thema Bachelor geführt worden ist – Stichwort Bologna-Prozess –, ist ein besonders signifikantes Beispiel für meine These. Obwohl die Studiengänge noch nicht vollständig umgewandelt sind – es sind gerade einmal 75 Prozent –, wird schon dagegen protestiert. Wenn man nicht wenigstens im Bereich der Bildung einen etwas längeren Atem hat, dann werden wir dieses Ritual nicht abschütteln können.

Ich finde es toll, dass auf der Zuschauertribüne relativ viele junge Leute sitzen und auf diese Weise Interesse an der Debatte zeigen. Zu Ihrer Information möchte ich sagen: Die Bundesregierung, die für Bildung nicht zuständig ist – Bildung ist nach wie vor Sache der Länder –, hat in den letzten Jahren mehr, als sie eigentlich dürfte, getan. Die Ausgaben für Bildung und Forschung wurden um ein Viertel auf fast 10 Milliarden Euro gesteigert.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für die Abwrackprämie 5 Milliarden! Sie zu beschließen, hat eine Nacht gedauert!)

Ich finde, dass das dazugehört, gerade auch, weil Frau Pieper sich bei den Leistungen der Großen Koalition etwas vertan hat. Entgegen ihren Aussagen ist somit festzuhalten: Es wurde mehr abgebaut als aufgebaut.

So haben wir auch im Zuge der BAföG-Reform, die häufig genug von Finanzminister Steinbrück torpediert worden ist, die Bedarfssätze um mehr als 10 Prozent erhöht. Die Zahl der Geförderten ist heute um 75 000 Studierende gestiegen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das ist nicht richtig! Wir haben das durchgesetzt!)